



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2017/0579

Veranlasser / Verursacher:
DIE LINKE.

Datum: 16.08.2017

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.08.2017 betr. „Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten mittelfristig erreichen,,

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Soziales	05.09.2017		öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	11.09.2017		öffentlich
Kreistag	14.09.2017		öffentlich

Beschlussvorschlag:

1. Grundsatzbeschluss

Der Kreistag des Landkreises Kassel spricht sich grundsätzlich für die künftige Gebührenfreiheit in kommunalen Kindertagesstätten aus. Kindergärten sind als Teil des öffentlichen Bildungswesens zu verstehen und damit für die Eltern kostenfrei zu gestalten. Privatisierungen sollten ausgeschlossen werden.

2. Um kreisweit eine einheitliche Gebührenfreiheit zu erreichen, wird der Kreis-ausschuss beauftragt, in einem ersten Schritt einen Bericht über die Finanzlage aller Kindergärten in den 29 Städten und Gemeinden zu erarbeiten u.a. mit folgenden Fragestellungen:

- Gebührenhöhe (aufgeschlüsselt nach Alter der Kinder), Ermäßigungen für Geschwisterkinder und Sozialtarife.
- Höhe der Gesamtkosten in der jeweiligen Gemeinde und Höhe des jeweiligen Haushaltsanteils.
- Höhe der Zuwendungen des Bundes, des Landes und des Landkreises.
- Höhe der möglichen Gesamtkosten für gebührenfreie Kindergärten land-kreisweit.

3. Nach Vorlage der Studie lädt der Kreisausschuss zu einer öffentlichen Bürgermeisterdienstversammlung ein, zu der auch die jeweiligen Kindergartenleitungen und Elternbeiräte sowie interessierte Kreis- und Landtagsabgeordnete eingeladen werden, um weitere Schritte zur kreisweiten Gebührenfreiheit zu erarbeiten. Dabei sollen auch die bis-

herigen Zuständigkeiten überprüft und eine mögliche Bauunterhaltungspflicht des Landkreises (wie bei den Schulen im Landkreis) in Betracht gezogen werden.

Dr. Knoche
Fraktionsvorsitzender

Anlage/n:

2017_0579 Anlage 1

2017_0579 Anlage 2

Anlagenbeschreibung

Anlage 1: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 09.08.2017

Anlage 2: Antrag der SPD-Fraktion vom 04.09.2017